

Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik

Dossier

Dossier: Schutz der Bienen

Impressum

Herausgeber

Année Politique Suisse
Institut für Politikwissenschaft
Universität Bern
Fabrikstrasse 8
CH-3012 Bern
www.anneepolitique.swiss

Beiträge von

Künzler, Johanna
Lévêque, Antoine
Ziehli, Karel

Bevorzugte Zitierweise

Künzler, Johanna; Lévêque, Antoine; Ziehli, Karel 2025. *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Dossier: Schutz der Bienen, 2012 – 2024*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. www.anneepolitique.swiss, abgerufen am 06.04.2025.

Inhaltsverzeichnis

Bienengesundheitsdienst	1
Postulat verlang Prüfung eines Aktionsplans zur Risikominimierung und nachhaltigen	1
Anwendung von Pflanzenschutzmitteln (Po. 12.3299)	
Neonicotinoiden	2
In den Medien	2
Protection des abeilles (Mo. 13.3367)	2
Plan d'action pour la santé des abeilles (Mo. 13.3372)	4
Enrayer la disparition des abeilles et des autres insectes (Mo. 19.3207)	4
Mieux protéger les abeilles avec des statistiques exhaustives (Mo. 22.4354)	4

Abkürzungsverzeichnis

UREK-NR	Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie des Nationalrates
UREK-SR	Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie des Ständerates
WBK-SR	Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Ständerats
BLW	Bundesamt für Landwirtschaft
EU	Europäische Union
WBK-NR	Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrats

CEATE-CN	Commission de l'environnement, de l'aménagement du territoire et de l'énergie du Conseil national
CEATE-CE	Commission de l'environnement, de l'aménagement du territoire et de l'énergie du Conseil des États
CSEC-CE	Commission de la science, de l'éducation et de la culture du Conseil des États
OFAG	Office fédéral de l'agriculture
UE	Union européenne
CSEC-CN	Commission de la science, de l'éducation et de la culture du Conseil national

Bienengesundheitsdienst

VERWALTUNGSAKT
DATUM: 24.05.2012
JOHANNA KÜNZLER

Tierische Produktion

Nachdem im Winter 2011/2012 beinahe 50% aller Bienenvölker in der Schweiz verendet waren, rief der Bundesrat im Sommer einen nationalen **Bienengesundheitsdienst** ins Leben. Dessen Aufgaben werden die Beratung der Imker und Vereine im korrekten Umgang mit Arznei- und anderen Hilfsmitteln, die Unterstützung kantonaler Vollzugsbehörden und die Überwachung der Gesundheit der Bienen sein. Verantwortlich für das massive Bienensterben war laut der Forschungsanstalt Agroscope Liebefeld-Posieux nebst Wetterbedingungen der vorangegangenen Saison hauptsächlich die Varroa-Milbe: Es handelt sich hierbei um einen ursprünglich aus Asien stammenden Parasiten, der zurzeit weltweit grosse Schäden anrichtet und bei Imkern zu beträchtlichen wirtschaftlichen Einbussen führt.¹

Postulat verlang Prüfung eines Aktionsplans zur Risikominimierung und nachhaltigen Anwendung von Pflanzenschutzmitteln (Po. 12.3299)

POSTULAT
DATUM: 15.06.2012
JOHANNA KÜNZLER

Pflanzliche Produktion

Die grosse Kammer nahm ein Postulat Moser (glp, ZH) an, welches sich mit **Pestiziden** befasste. Der Bundesrat solle die Wirksamkeit sowie die allfällige Form eines Aktionsplans zur Risikominimierung und nachhaltigen Anwendung von Pflanzenschutzmitteln überprüfen. Pestizide seien zwar ein wesentlicher Faktor bei der Gewährleistung des schweizerischen Selbstversorgungsgrades, müssten aber wegen ihrer negativen Auswirkungen auf Bienen, Gewässer und Bodenorganismen wie auch auf den Menschen in ihrer Anwendung streng kontrolliert werden.²

POSTULAT
DATUM: 21.05.2014
JOHANNA KÜNZLER

Das Bundesamt für Landwirtschaft (BLW) veröffentlichte einen Bericht in Antwort auf ein 2012 eingereichtes Postulat Moser (glp, ZH). Darin wurde erörtert, ob die **Lancierung eines Aktionsplans zur Risikoreduktion und nachhaltigen Anwendung von Pflanzenschutzmitteln** beitragen könnte. Die mit der Untersuchung beauftragten Experten kamen zum Schluss, dass der Bund und die Kantone bereits Vieles unternommen hätten, um diese Ziele zu erreichen. Ein Aktionsplan könnte dennoch hilfreich sein: Angesichts der Vielzahl unterschiedlicher Akteure, welche in diese Thematik involviert seien, wäre eine zusätzliche Koordination bezüglich der Festlegung gemeinsamer und breit abgestützter Ziele wünschenswert. Im gemeinsamen Dialog könnten institutionelle Akteure auf Bundes- und Kantonsebene, Vertreter der Landwirtschaft, der chemischen Industrie, Umweltverbände und weitere involvierte Akteure Verständnis entwickeln für unterschiedliche Wertvorstellungen und Ansprüche an den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln. Die Erstellung eines Aktionsplans gäbe zudem Anlass, das Potential bereits bestehender Massnahmen besser auszuschöpfen und so die Risikoreduktion möglichst effizient voranzutreiben. Die Eignung zusätzlicher Instrumente könnte in diesem Rahmen überprüft werden, und nicht zuletzt würde ein Aktionsplan auch der Verbreitung wichtiger Informationen an die betroffenen Akteure und an die Öffentlichkeit dienen.³

Neonicotinoiden

VERWALTUNGSAKT
DATUM: 30.04.2013
JOHANNA KÜNZLER

Tierische Produktion

Das Bundesamt für Landwirtschaft (BLW) folgte Ende April einem Entscheid der EU und suspendierte die Bewilligung dreier Pflanzenschutzmittel, welche laut diversen Studien einen gesundheitsschädigenden Effekt auf Bienen haben können. Bei den sogenannten **Neonicotinoiden** handelt es sich um synthetisch hergestellte Produkte des Schweizer Agrokonzerns Syngenta und des deutschen Pharmaproduzenten Bayer, die zum Beizen von Saatgut verwendet werden und als Nervengift wirken. Laut Peter Neumann, Experte für Bienengesundheit an der Universität Bern, gebe es starke Hinweise dafür, dass bereits kleinste Mengen bei Wildbienen eine reduzierte Fruchtbarkeit und bei Honigbienen eine erhöhte Krankheitsanfälligkeit verursachen können. Der Bewilligungsstopp soll zwei Jahre lang gelten, damit die Forschung Zeit hat, um die tatsächlichen Wirkungen zu untersuchen und allfällige Massnahmen zu treffen.⁴

In den Medien

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE
DATUM: 30.06.2013
JOHANNA KÜNZLER

Tierische Produktion

In den Medien waren das **Bienensterben und dessen mögliche Ursachen** ebenfalls intensiv diskutierte Themen: Die grossen Schweizer Tageszeitungen begleiteten das Entstehen des Neonicotinoid-Verbots in der EU und der Schweiz mit Einschätzungen und Stellungnahmen sowohl von Seiten der betroffenen Konzerne als auch von Seiten der Imker- und Naturschutzverbände. Während Letztere die Verbote als Etappensiege auf dem Weg hin zu einem generell reduzierten Einsatz von Pflanzenschutzmitteln feierten (siehe hier), betonten Syngenta und Bayer vergeblich die Uneinigkeit unter Forschern zu den Wirkungen von Pestiziden auf das Bienensterben. Auch in der Gesellschaft breitete sich die Sorge um den Fortbestand der Bienen aus, wie ein Bericht des Tages-Anzeigers im Juni verdeutlichte: In der deutschen und rätoromanischen Schweiz besuchten 900 Personen Imkerkurse. Dies stelle gegenüber anderen Jahren beinahe eine Verdoppelung der Teilnehmenden dar. Prinzipiell sei dies zwar ein positiver Trend, da sich ein Grossteil der aktiven Imker bereits im Pensionsalter befände. Experten mahnten dennoch zur Vorsicht: Es sei nicht klar, wie nachhaltig dieses plötzliche Interesse an der Imkerei sei; man müsse damit rechnen, dass aufgrund des hohen Aufwands viele Privatpersonen nach kurzer Zeit wieder aufgeben würden. Ausserdem entstünden durch diesen Trend weitere Gefahren: Neue Imker meldeten ihre Völker selten bei den lokalen Bienenzüchtereinheiten an, was es schwierig mache, im Falle eines Krankheitsausbruchs die Verbreitung zu unterbinden. Da die Mehrheit der Neueinsteigenden in städtischen Gebieten lebten, sei die Population von Bienen in diesen Gegenden ausserdem zu hoch, was wiederum die Anfälligkeit für Krankheiten begünstige. Zum prämierten Schweizer Dokumentarfilm „More Than Honey“ siehe hier.⁵

Protection des abeilles (Mo. 13.3367)

MOTION
DATUM: 31.12.2013
JOHANNA KÜNZLER

Tierische Produktion

In der Sommersession überwies die Räte **zwei Motionen** an den Bundesrat, welche den **Schutz der Bienen** weiter vorantreiben sollen. Die Motion der WBK-NR verlangt die Entwicklung eines nachhaltigen Umgangs mit Pflanzenschutzmitteln: In Zusammenarbeit mit betroffenen Akteuren wie z.B. dem BLW, dem Schweizerischen Bauernverband (SBV), Imkerverbänden oder Forschungsstellen soll bis 2023 der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln wesentlich reduziert werden. Im Nationalrat beantragte eine Minderheit Pieren (svp, BE) die Ablehnung der Motion: Man anerkannte zwar die Wichtigkeit von Bienen für das Ökosystem, wies aber auf diverse Studien – darunter auch auf einen Prüfbericht des Bundes von 2012 – hin, welche keinen direkten Zusammenhang zwischen dem Einsatz von Pflanzenschutzmitteln und dem Bienensterben nachweisen konnten. Der Landwirtschaft würde durch eine Reduktion oder gar ein Verbot von Pflanzenschutzmitteln massiv geschadet. Die Motion wurde dennoch deutlich angenommen: Lediglich eine knappe Mehrheit der SVP-Fraktion sowie die Hälfte der FDP-Fraktion unterstützten die Kommissionsminderheit. Im

Ständerat war das Anliegen unbestritten. Die zweite Motion (Mo. 13.3372), eingereicht von der UREK-NR, beauftragt den Bundesrat mit dem Vorantreiben der Forschungsarbeiten zur Gesundheit der Bienen. Unter Berücksichtigung bereits bestehender Instrumente soll ein nationaler Massnahmenplan erarbeitet werden mit dem Ziel, bis 2015 die Forschung zu den Ursachen des Bienensterbens zu intensivieren und darauf aufbauend Strategien und Massnahmen dagegen zu entwickeln. Die Motion stiess auf keinerlei Widerstand in den beiden Kammern.⁶

MOTION
DATUM: 21.05.2014
JOHANNA KÜNZLER

In Erfüllung einer Motion der nationalrätlichen Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie (UREK) veröffentlichte der Bundesrat 2014 einen **nationalen Massnahmenplan für die Gesundheit der Bienen**. Er schilderte darin bereits bestehende Instrumente zur Förderung von Wild- und Honigbienen und skizzierte weitere, sofort umzusetzende sowie zu überprüfende Massnahmen. Grundsätzlich seien bereits diverse Projekte mit dem Ziel des Bestäuberschutzes in die Wege geleitet worden: Ein Beispiel wäre etwa der 2012 gegründete nationale Bienengesundheitsdienst. Auf Empfehlung einer Expertengruppe, bestehend aus Vertretern der Forschung und der Behörden wie auch des Bauernverbandes, des Dachverbandes schweizerischer Bienenzüchtervereine apisuisse und des oben erwähnten Bienengesundheitsdienstes, wurde die Implementierung folgender Vorschläge beschlossen: In der nächsten Direktzahlungsverordnung, welche spätestens im Frühjahr 2015 erscheint, wird ein sogenannter „Blühstreifen“ eingeführt. Auf derartigen Flächen soll mit einer speziellen Saatmischung das Nahrungsangebot für Bienen erweitert werden, da zurzeit besonders während der Sommermonate und im Talgebiet ein Mangel an Pflanzenblüten herrsche. Des Weiteren will der Bundesrat künftig den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln (PSM) stärker regulieren: Die bei der Forschungsanstalt Agroscope zuständige Gruppe zur Risikobewertung von PSM wird verstärkt und es sollen neue Testverfahren entwickelt werden. Bei der Zulassung von PSM haben die Verantwortlichen zudem fortan darauf zu achten, dass die Abdrift von Sprühnebeln ausserhalb der behandelten Kulturen verringert wird. Weitere Möglichkeiten, wie etwa eine verpflichtende Aus- und Weiterbildung für Imkerinnen und Imker oder die gesetzlich verpflichtende Bekämpfung der höchstschädlichen Varroa-Milbe sollen zuerst auf ihre Machbarkeit, Effektivität und auf eventuelle finanzielle Folgen überprüft werden. Der Verband deutschschweizerischer und rätoromanischer Bienenfreunde hatte derweil eine positive Nachricht zu vermelden: Im letzten Winter seien nur 12% aller Bienenvölker in der Schweiz gestorben. Gegenüber früheren Jahren wie etwa 2012, wo jedes zweite Bienenvolk umgekommen sei, stelle dies einen grossen Fortschritt dar. Der Verband warnte indes, dass die Problematik des Bienensterbens damit noch nicht gelöst sei.⁷

MOTION
DATUM: 12.06.2018
KAREL ZIEHLI

Estimant que le mandat formulé dans **la motion demandant un paquet de mesures pour la protection des abeilles** n'était pas encore entièrement rempli et attendant encore une décision plus claire du Conseil fédéral concernant trois néonicotinoïdes, la CSEC-CN avait initialement proposé à sa chambre de refuser son classement, alors que la chambre haute avait déjà donné son aval pour la classer. C'est par 84 voix contre 78 et une abstention que les député.e.s du Conseil national suivront l'avis de la commission au détriment de l'avis du Conseil fédéral. Cette décision sera ensuite confirmée par le Conseil des Etats, la CSEC-CE s'étant, entre-temps, alignée sur la position de sa commission sœur. Une année plus tard, elle **sera finalement classée par les deux chambres**, le Conseil fédéral ayant présenté son plan d'action produits phytosanitaires garantissant une réduction des risques liés à ces substances.⁸

Plan d'action pour la santé des abeilles (Mo. 13.3372)

Landwirtschaft und Umweltschutz

MOTION
DATUM: 12.06.2017
KAREL ZIEHLI

Les chambres ont classé la motion demandant un plan d'action pour la santé des abeilles. Une minorité de la CEATE-CN proposait de ne pas la classer, estimant que les mesures prises suite à l'acceptation de la motion n'étaient pas suffisantes. Cette proposition a toutefois été rejetée par 103 voix contre 56 et 2 abstentions. Le Conseil fédéral avait également fait valoir qu'il était encore actif sur cette question, publiant encore fin 2016 un rapport sur la mise en œuvre du plan d'action national pour la santé des abeilles afin de poursuivre ses efforts.⁹

Enrayer la disparition des abeilles et des autres insectes (Mo. 19.3207)

Landwirtschaft und Umweltschutz

MOTION
DATUM: 21.06.2019
KAREL ZIEHLI

Sans discussion, le Conseil national accepte la motion Guhl (pbd, AG) exhortant les autorités à **enrayer la disparition des abeilles et des autres insectes**. Ce texte, soutenu par le Conseil fédéral, demande à la Confédération d'appliquer notamment le plus rapidement possible toutes les mesures édictées dans le rapport d'expert.e.s établi en réponse à la motion de la CEATE-CN intitulée «Plan d'action national pour la santé des abeilles». La motion souhaite également que la sauvegarde des insectes soit pensée de manière transversale (agriculture, forêts, aménagement du territoire, transports, économie, formation, etc.) et que la Confédération établisse de manière régulière des comptes rendus de la situation et des efforts déployés afin de protéger les insectes.¹⁰

MOTION
DATUM: 03.06.2020
KAREL ZIEHLI

Le Conseil des Etats a tacitement accepté la motion Guhl (pbd, AG) visant à **enrayer la disparition des abeilles et des autres insectes**. Tant la commission en charge que le Conseil fédéral (et le Conseil national) ont soutenu ce texte, reconnaissant tous que la situation est problématique. Ainsi, Simonetta Sommaruga a annoncé qu'il était temps d'appliquer les mesures recommandées par les experts, comme demandé par la présente motion. Elle a rappelé l'importance des insectes, notamment pour les cultures qui sont à 75 pour cent dépendantes de la pollinisation générée par ces animaux. La ministre de l'environnement a rappelé qu'il est donc impératif de leur offrir suffisamment de surfaces de haute qualité, reliées les unes aux autres afin de leur assurer de bonnes conditions de survie.¹¹

Mieux protéger les abeilles avec des statistiques exhaustives (Mo. 22.4354)

Landwirtschaft und Umweltschutz

MOTION
DATUM: 12.03.2024
ANTOINE LÉVÊQUE

Afin d'améliorer la situation sanitaire des abeilles, de mesurer l'évolution de leur mortalité et de déterminer « la valeur des services écosystémiques fournis par la filière apicole à l'économie nationale », la conseillère nationale écologiste Delphine Klopfenstein Broggin (GE) a déposé une motion demandant au Conseil fédéral d'**établir un système de statistiques nationales qui recense le nombre de personnes qui élèvent des abeilles** et qui présente « l'évolution et la mortalité des colonies d'abeilles d'une année à l'autre ». La conseillère nationale estime notamment que les statistiques produites par Apisuisse avec l'aide du Centre de recherche apicole d'Agroscope « ne sont pas réalisées selon les standards scientifiques des statistiques officielles ». Cet objet favoriserait donc l'harmonisation des statistiques effectuées dans chaque canton et permettrait d'assurer que ces statistiques soient accessibles au public en toute circonstance.

Dans un avis publié le 15 février 2023, le Conseil fédéral a affirmé qu'il existait déjà des « données, disponibles au niveau fédéral, sur les apiculteurs recensés et leurs colonies d'abeilles » puisque les services cantonaux de l'agriculture transmettent chaque année

à l'Office fédéral de l'agriculture (OFAG) des données relatives au nombre de colonies d'abeilles présentent sur le territoire du canton auquel elles sont rattachées. S'il s'est opposé à la proposition de la motionnaire de réaliser des «enquêtes supplémentaires» relatives à la santé des abeilles en raison du «surcroît de travail administratif», le gouvernement a estimé nécessaire de « perfectionner les données recueillies par la Confédération auprès des cantons, de façon à ce que celles-ci soient plus complètes, et d'en améliorer la publication ». Le Conseil fédéral a proposé au Parlement de rejeter cette motion.

Lors des débats au Conseil national, l'auteure de la motion a cherché à convaincre ses collègues du fait qu'« avoir une base de données qui soit transparente, qui soit efficace et à jour, est une des clés du succès pour mener à bien une politique de protection des abeilles qui soit efficace ».

S'exprimant au nom du gouvernement, Guy Parmelin a quant à lui indiqué que « le Conseil fédéral ne voit pas la pertinence d'une collecte centralisée supplémentaire de données ». La **motion** a été **rejetée** par 110 voix contre 73 et 7 abstentions. La minorité était principalement composée des socialistes et des Vert-e-s. Or quelques mois plus tard, un rapport d'Agroscope – dont fait mention le 24 Heures dans un article publié le 4 mai – indiquait que la situation de l'apiculture était bien meilleure que ce que l'on pouvait imaginer. En effet, ainsi que l'indique le 24 Heures, « le rendement moyen en miel a augmenté » ces dernières années, de telle sorte que « les apiculteurs suisses ont récolté 20,1kg en 2018 ». Par ailleurs, l'auteur de cet article note que le « rapport d'Agroscope est également rassurant sur la pollinisation des plantes cultivées et sauvages ». Reste à savoir si la publication de ce rapport influencera la manière dont les parlementaires traiteront de cette question à l'avenir.¹²

1) Bund, 23.5.12; NZZ, 24.5.12.

2) AB NR, 2012, S. 1213.

3) Lit. Bundesamt für Landwirtschaft

4) AZ, 6.2. und 7.2.13; NZZ, 30.4.13.

5) AZ, 6.2. und 7.2.13; Presse vom 30.4.13; SGT, 22.5.13; LT und NZZ, 11.6.13; TA, 18.6.13; Presse vom 20.6.13; SoZ, 30.6.13.

6) AB NR, 2013, S. 1063 ff.; AB SR, 2013, S. 876 f., 947.

7) Lit. Bundesamt für Landwirtschaft; NZZ, 4.6.14

8) AB NR, 2017, S. 1022 ff.; AB SR, 2017, S. 744 f.; FF, 2018, P. 2284 f.

9) AB NR, 2017, S.1023 ff.; FF, 2017, P. 2730 ; Rapport du Conseil fédéral du 01.12.16 sur la mise en œuvre du plan d'action national pour la santé des abeilles

10) AB NR, 2019, S.1322

11) AB SR, 2020, S.320

12) BO CN, 2024, p. 434; 24H, 4.5.24